

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Böttcher, Helge**

18-09316
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Regionalverband Großraum Braunschweig: Mehr Demokratie
wagen und an der Direktwahl der Verbandsversammlung festhalten**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.10.2018

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

30.10.2018
06.11.2018

Status

N
Ö

Beschlussvorschlag:

Im Regionalverband Großraum Braunschweig werden entscheidende politische Weichen für die Region gestellt. Seiner übergeordneten koordinierenden Rolle kommt eine entscheidende Funktion zum Wohle der ihn tragenden Landkreise und Städte zu. Mit der Weiterentwicklung vom Zweckverband Großraum Braunschweig hin zum Regionalverband ist die Region politisch gestärkt worden. Durch die Einführung der Direktwahl der Abgeordneten in der Verbandsversammlung sollen die Themen der Verbandsversammlung stärker ins öffentliche Bewusstsein gelangen. Zudem soll dadurch die Akzeptanz für den Regionalverband und für die Entscheidungen der gewählten Vertreterinnen und Vertreter gestärkt werden.

Der Regionalverband hat mit der Reform 2017 übergeordnete Planungskompetenzen in wichtigen politischen Bereichen wie Verkehrsentwicklung, Bildungsangebote an Berufsbildenden Schulen, Hochwasserschutz und Tourismusmarketing bekommen. Die Direktwahl der Verbandsversammlung stärkt hierbei die demokratische Beteiligung. Sie gibt Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, mit ihrer Stimme zu entscheiden, wer die Verantwortung für die erheblichen finanziellen Mittel trägt, die dem Regionalverband zur Verfügung stehen. Die Verbandsversammlung wird somit sichtbar und von den Menschen aus der Region mitgestaltet.

Der Vorstoß der Niedersächsischen Landesregierung, die Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung wieder abzuschaffen, widerspricht dieser Entwicklung und gefährdet die Weiterentwicklung der Region.

Der Rat der Stadt Braunschweig

- bekennt sich daher zu der Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig
- fordert deshalb den Oberbürgermeister auf, sich im Zuge der anstehenden Gesetzesberatungen für den Erhalt dieser Direktwahl einzusetzen
- fordert darüber hinaus von der Niedersächsischen Landesregierung ein Bekenntnis zur Stärkung demokratischer Beteiligung sowie den Erhalt der Direktwahl der Vertreterinnen und Vertreter der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig.

Sachverhalt: mündlich

Anlagen: *keine*